

Antrag F-01**SPD-Unterbezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK****Zukunftsgeld für Kommunen - Handlungsfähigkeit für Zukunftsinvestitionen ermöglichen**

1 Die SPD setzt sich auf Ebene der Region Hannover,
2 des Landes Niedersachsens und der Bundesrepublik
3 Deutschland für die folgenden Maßnahmen zur Ver-
4 besserung der Finanzausstattung der Kommunen
5 ein:

- 6 • Eine bedarfsorientierte Ausgleichszahlung an
7 finanzschwache Kommunen, die die Mehrbe-
8 lastung der kommunalen Haushalte durch das
9 gestiegene Zinsniveau kompensiert.
- 10 • Eine deutliche Stärkung des Prinzips der Kon-
11 nexität. Im Zuge der Auferlegung neuer Auf-
12 gaben durch eine übergeordnete Gebietskör-
13 perschaft muss diese gleichzeitig die Finanzie-
14 rung der Aufgabe auf kommunaler Ebene si-
15 cherstellen.
- 16 • Eine Einschränkung der immer stärkeren
17 Etablierung befristeter Förderprogramme, zu
18 Gunsten einer unmittelbaren Erhöhung der
19 Finanzausstattung der Kommunen.
- 20 • Eine stärkere Bindung der Konfinanzierungs-
21 anteile im Rahmen sinnvoller Förderprogram-
22 me an die Finanzkraft der jeweiligen Kommu-
23 ne. Sinnvolle Förderprogramme sind ferner ef-
24 fizienter und zeitlich variabler auszugestalten.
- 25 • Die Streichung der Paragraphen Art. 109 Abs.2,
26 3 und 5 und 115 GG aus dem Grundgesetz.
27 Die sozialdemokratische Fraktion im Bundes-
28 tag sowie der Parteivorstand sollen sich zum
29 nächstmöglichen Zeitpunkt für dessen ersatz-
30 lose Streichung einsetzen.
- 31 • Gleichmaßen die Anpassung des Art. 126 des
32 Vertrags über die Arbeitsweise der Europäi-
33 schen Union (ex-Artikel 104 EGV) zur Abschaf-
34 fung der Neuverschuldungsdeckelung im Rah-
35 men der europäischen Maastricht-Kriterien.
- 36 • Eine gemeinsames Bund-Länder-Anleihe (z.B.
37 Green Bond, Deutschlands-Bond gemeinsam
38 mit den Kommunen, um von günstigen Kre-
39 ditbedingungen des Bundes und der Länder zu
40 profitieren.

41

Begründung

42 Viele Kommunen stehen im Kontext von immer
43 zahlreicheren Aufgaben, steigender Zinsen und ei-

Die SPD setzt sich auf Ebene des Landes Nieder-
sachsens und der Bundesrepublik Deutschland für
die folgenden Maßnahmen zur Verbesserung der Fi-
nanzausstattung der Kommunen ein:

- Eine bedarfsorientierte Ausgleichszahlung an
finanzschwache Kommunen, die die Mehrbe-
lastung der kommunalen Haushalte durch das
gestiegene Zinsniveau kompensiert.
- Eine deutliche Stärkung des Prinzips der Kon-
nexität. Im Zuge der Auferlegung neuer Auf-
gaben durch eine übergeordnete Gebietskör-
perschaft muss diese gleichzeitig die Finanzie-
rung der Aufgabe auf kommunaler Ebene si-
cherstellen.
- Eine Einschränkung der immer stärkeren
Etablierung befristeter Förderprogramme, zu
Gunsten einer unmittelbaren Erhöhung der
Finanzausstattung der Kommunen.
- Eine stärkere Bindung der Konfinanzierungs-
anteile im Rahmen sinnvoller Förderprogram-
me an die Finanzkraft der jeweiligen Kommu-
ne. Sinnvolle Förderprogramme sind ferner ef-
fizienter und zeitlich variabler auszugestalten.
- Die Streichung der Paragraphen Art. 109 Abs.
2, 3 und 5 und 115 GG aus dem Grundgesetz.
Die sozialdemokratische Fraktion im Bundes-
tag sowie der Parteivorstand sollen sich zum
nächstmöglichen Zeitpunkt für dessen ersatz-
lose Streichung einsetzen.
- Gleichmaßen die Anpassung des Art. 126 des
Vertrags über die Arbeitsweise der Europäi-
schen Union (ex-Artikel 104 EGV) zur Abschaf-
fung der Neuverschuldungsdeckelung im Rah-
men der europäischen Maastricht-Kriterien.
- Eine gemeinsames Bund-Länder-Anleihe (z.B.
Green Bond, Deutschlands-Bond gemeinsam
mit den Kommunen, um von günstigen Kre-
ditbedingungen des Bundes und der Länder zu
profitieren.

Adressaten:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Bundesparteitag

45 nem hohen Investitionsbedarf bei gleichzeitigen
46 Kostensteigerungen unter einem immensen finan-
47 ziellen Druck. Insbesondere finanzschwache Kom-
48 munen sehen sich kaum im Stande, eine Daseinsvor-
49 sorge auf hohem, regionalem Niveau sicherzustel-
50 len. Diese Entwicklung gefährdet die Zukunftsfähig-
51 keit unserer Kommunen. Ein Zukunftsgeld für Kom-
52 munen soll die Handlungsfähigkeit mit Blick auf Zu-
53 kunftsinvestitionen auch in diesem Kontext sicher-
54 stellen.
55 Hierzu gehört eine sofortige Unterstützung ver-
56 schuldeter Kommunen in Anbetracht der gestiege-
57 nen Zinsumgebung, damit diese Kommunen nicht
58 von der zunehmenden Zinslast in ihren Ergebnis-
59 haushalten erdrückt werden. Es muss zwingend ver-
60 hindert werden, dass Kommunen allein durch zu-
61 sätzliche Zinsaufwendungen keine genehmigungs-
62 fähigen Haushalte mehr aufstellen können, ohne ih-
63 ren letzten Spielraum für notwendige Ausgaben vor
64 Ort herzugeben. Das gestiegene Zinsniveau gefähr-
65 det zudem die Möglichkeit

SPD-Parteivorstand